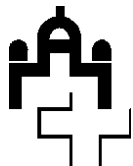


Bundesversammlung

Assemblée fédérale

Assemblea federale

Assamblea federala



21.015 ns Schweizer Delegation bei der parlamentarischen Versammlung der NATO. Bericht

Bericht der Schweizer Delegation bei der parlamentarischen Versammlung der NATO vom 31. Dezember 2020

Die Schweizer Delegation bei der parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO-PV) nimmt im Auftrag der Bundesversammlung an den Tagungen der NATO-PV sowie an den Seminaren und Arbeitstreffen von deren Ausschüssen teil.

Gemäss Artikel 9 Absatz 2 der Verordnung über die Pflege der internationalen Beziehungen (VPiB) unterbreitet die NATO-PV-Delegation den eidgenössischen Räten jährlich einen schriftlichen Bericht über die wesentlichen Elemente ihrer Tätigkeit.

Antrag der Delegation

Wir bitten Sie, vom Bericht Kenntnis zu nehmen.

Im Namen der Delegation
Die Präsidentin 2020/2021

Ida Glanzmann-Hunkeler

Inhalt des Berichtes

- 1 Einleitung
- 2 Tagungen, Seminare und weitere Treffen
- 3 Reisekosten
- 4 Hauptdiskussionsthemen 2020
- 5 Würdigung der Tätigkeiten der NATO-PV im Jahr 2020
- 6 Schlussfolgerungen und Tätigkeiten



1 Einleitung

Die Schweizer Delegation bei der NATO-PV hat ihre Rechtsgrundlage in der Verordnung der Bundesversammlung über die Pflege der internationalen Beziehungen des Parlamentes (VPiB, [SR 171.117](#)). Wie die anderen parlamentarischen Delegationen bei internationalen Organisationen hat auch die NATO-PV-Delegation ein Reglement¹, das den Umfang ihrer Tätigkeiten festlegt.

Zusammensetzung der Delegation im Jahr 2020:

Präsidentin: Nationalrätin Ida Glanzmann

Vizepräsident: Ständerat Werner Salzmann;

Mitglieder: Nationalrat Mauro Tuena und Ständerat Thomas Minder;

Ersatzmitglieder: Nationalrat Pierre-Alain Fridez und Ständerat Josef Dittli.

2 Tagungen, Seminare und weitere Treffen

Im Jahr 2020 nahm die Schweizer Delegation bei der NATO-PV an folgenden Anlässen teil:

- Webinar zur Krise in Bergkarabach vom 15. Oktober 2020 (Nationalrat Pierre-Alain Fridez);
- Jahrestagung per Videokonferenz (18. bis 23. November 2020; Nationalrätin Ida Glanzmann und Nationalräte Mauro Tuena und Pierre-Alain Fridez, Ständeräte Werner Salzmann und Josef Dittli).

Die Frühjahrestagung, die im Mai in Kiev (Ukraine) hätte stattfinden sollen, wurde infolge der Covid-19-Pandemie abgesagt. Die Jahrestagung war Gegenstand eines Delegationsberichtes zuhanden der Sicherheitspolitischen Kommissionen. Zum Webinar über die Krise in Bergkarabach erstellte Nationalrat Fridez einen Kurzbericht zuhanden der Delegation. Da die Arbeiten der NATO-PV infolge der Covid-19-Pandemie eingeschränkt wurden und sich weitere Daten von Seminaren und Ausschusssitzungen mit den Sessionen oder Kommissionssitzungen der eidgenössischen Räte überschneiden, blieben diese ohne Beteiligung der Schweizer Delegation.

3 Reisekosten

Da die Frühjahrestagung infolge der Covid-19-Pandemie abgesagt wurde und die weiteren Veranstaltungen online durchgeführt wurden, entstanden der Bundesversammlung im Jahr 2020 keine Reisekosten.

4 Hauptdiskussionsthemen 2020

Im Zentrum der Diskussionen der NATO-PV standen im Jahr 2020 die durch die Covid-19-Pandemie aufgedeckten Sicherheitsrisiken, die Zukunft der NATO (insb. der Reflexionsprozess NATO 2030) und der Einfluss Chinas auf die internationale Machtordnung. Weitere Themen waren die Spannungen zwischen Russland und dem Westen, die Sicherheit in der MENA-Region und im Westbalkan sowie neue technologische Entwicklungen im Verteidigungsbereich (Entwicklungen im Weltall, Hyperschallwaffen).

¹ www.parlament.ch (Organe > Delegationen > Die Delegationen internationaler parlamentarischer Versammlungen > Delegation bei der parlamentarischen Versammlung der Nato (Nato-PV) > Rechtsgrundlagen).



4.1 Die Vollversammlung

2020 konnte infolge der Covid-19 Pandemie nur eine Vollversammlung stattfinden, welche zudem erstmals in digitaler Form stattfand. Die Plenarsitzungen fanden am 18. November 2020 (Eröffnungssitzung und Spezialsitzung zur Covid-19-Situation) sowie am 23. November 2020 (Abschlussitzung) statt.

Der Präsident der NATO-PV, Attila Mesterhazy (Ungarn), erklärte in seiner Rede anlässlich der Eröffnungssitzung, dass 2020 ein unvergleichliches Jahr gewesen sei. Die Covid-19-Pandemie habe zu viele Tote gefordert, Wirtschaften und Gesellschaften gelähmt und uns dazu animiert, grundlegende Elemente unserer Lebensweisen – wie die Bewegungsfreiheit – neu zu definieren. Auch wenn nun dank der schnellen Entwicklung eines Impfstoffes Licht am Ende des Tunnels zu sehen sei, müsse die Pandemie weiterhin bewältigt werden. Zudem werden deren Konsequenzen noch über Jahre hinweg spürbar sein. Aufgrund der Pandemie-Situation konnte die NATO-PV seit März auch keine physischen Treffen mehr abhalten. Dies habe aber nicht das Ende ihrer Arbeiten bedeutet – im Gegenteil, seit April haben dank neuen Kommunikationsformen rund 30 Online-Sitzungen stattgefunden. Diese Jahressession sei nun auch die erste, die online stattfinden werde (die Frühjahressession in Kiev wurde abgesagt).

Angesichts der vielen Diskussionen rund um die Weiterentwicklung der NATO (namentlich im Rahmen des von Generalsekretär Stoltenberg angestossenen Reflexionsprozesses zur *NATO 2030*) betonte Mesterhazy, dass auch die Versammlung ihre Stimme finden und die Zukunftsvisionen mitbestimmen müsse. Seit der Verabschiedung des strategischen Konzeptes der NATO vor 10 Jahren hat sich die sicherheitspolitische Lage grundlegend verändert: Russland hat die Krimhalbinsel annektiert, es kam zu brutalen neuen Formen von Terrorismus, China hat seinen Einfluss vergrößert und hybride und Cyber-Bedrohungen sowie der Klimawandel sind vermehrt spürbar. Zu diesem Zweck hat Mesterhazy Entwürfe eines Berichts und einer Resolution erarbeitet. Die NATO soll politisch geeinter und militärisch stärker werden und dazu einen globaleren Ansatz verfolgen. Hier könne die NATO-PV eine besonders wichtige Rolle spielen, weil die Versammlung als politische Organisation Dinge teils offener und freier ansprechen könne als Regierungen, die mehr an diplomatische Gepflogenheiten gebunden seien.

Zudem nehme auch China eine prominente Rolle auf der Tagesordnung ein. Im Dezember 2019 hat die Führungsriege der NATO zum ersten Mal entschieden, sich als Allianz mit Chinas wachsenden internationalen Einfluss zu beschäftigen und bezeichnete das Land dazu als «Chance und Herausforderung». Er selbst sehe das Thema eher als eine Herausforderung an; China verfolge ähnliche geopolitische Ambitionen wie Russland, tue dies aber auf klügere und effizientere Weise. Es müsse genau analysiert werden, welche direkten Auswirkungen Chinas globale Ambitionen und seine Zusammenarbeit mit Russland auf die NATO und ihre Verbündeten haben. Aus der Covid-19-Pandemie müssen zudem die nötigen Lehren über Chinas Desinformations- und Propagandakampagnen gezogen werden. Zudem habe sich gezeigt, dass der Westen in strategisch wichtigen Bereichen von China abhängig sei. Zusammenfassend könne festgehalten werden, dass China als verantwortungsbewusster globaler Player agieren müsse und die NATO und ihre Verbündeten es sich nicht länger leisten können, naiv zu sein und Chinas Ambitionen und Rolle zu verkennen.

Da sich alle Ausschüsse mit der Covid-19-Thematik befassten und dazu Berichte verfasst wurden, folgte im Anschluss an die Eröffnungssitzung eine Spezialsitzung zur Covid-19-Situation, welche ebenfalls für die Plenarversammlung zugänglich war (mehr dazu in Kapitel 4.3).



Die Abschlussitzung vom 23. November 2020 wurde wiederum vom Präsidenten Attila Mesterhazy eröffnet. Er erinnerte daran, dass die Verbündeten an einem NATO-Gipfel in London vor einem Jahr einen Reflexionsprozess über die Weiterentwicklung der NATO angestossen hatten. Damals war noch nicht bekannt, dass dieser Prozess sich mit einer der ernsthaftesten und weitreichendsten Krisen der letzten Jahrzehnte kreuzen würde. In dieser Krise sei bestätigt worden, dass sich Staaten besser auf neue Dynamiken und Herausforderungen vorbereiten und zusammenarbeiten müssen, dazu gehöre auch der Aufstieg Chinas und die Abhängigkeit des Westens von Peking in strategisch wichtigen Bereichen. Covid-19 sei auch eine Sicherheitsfrage. Natürlich seien deswegen aber die Sicherheitsfragen, die bereits vor der Pandemie existiert hätten, nicht verschwunden – im Gegenteil, Russlands aggressives Verhalten, Terrorismus, die Instabilität in unserer Nachbarschaft, hybride und Cyber-Bedrohungen sowie aufsteigende und disruptive Technologien seien sehr präsent. Der Reflexionsprozess *NATO 2030* biete für die NATO eine zeitgemässe und wichtige Chance, sich auch all diese Herausforderungen vorzubereiten und die Lehren aus der Covid-19-Pandemie zu ziehen. Um erfolgreich zu sein, stehe die Zusammenarbeit sowohl innerhalb des Bündnisses als auch ausserhalb mit Partnern im Vordergrund. Die Verbündeten sollten dazu in der Lage sein, Entscheide schneller zu treffen, aber gleichzeitig die grundlegenden Werte der Konsensfindung bewahren. Da die Bedrohungen heute so verschieden und die Welt so multipolar sei, hätten Bürgerinnen und Bürger Mühe, die Mission der NATO und ihren Beitrag zu verstehen. Um die öffentliche Unterstützung nicht zu verlieren, müsse die Kommunikation verbessert und dazu die nötigen Ressourcen geschaffen werden.

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg wies auf die Rolle der NATO im Rahmen der Covid-19-Pandemie hin. Die NATO-Verbündeten hätten sich durch den Transport von Gütern und die Grenzsicherung unterstützt. Für die nächste epidemische Welle verfüge die NATO über genügend Lager, um Verbündete, die sich in Not befinden, zu unterstützen (bspw. mit Beatmungsgeräten). In dieser Situation gelte es aber vorsichtig zu bleiben und die Missionen und Operationen der NATO fortzuführen – sei es im Kosovo, Afghanistan oder im Irak. Wie könne sich die NATO aber weiterentwickeln? Im Rahmen des Reflexionsprozesses *NATO 2030* seien seine Prioritäten die folgenden: die NATO soll eine starke militärische Allianz bleiben, sie soll politisch stärker werden und sie soll globaler werden.

Zum ersten Punkt: die NATO sei bereits eine starke Allianz. Letztes Jahr seien die gemeinsamen Verteidigungsausgaben erneut gewachsen, dieser Trend müsse trotz der Pandemie-Situation fortgesetzt werden, weil die Sicherheitsgefahren weiterhin bestehen. Zur Frage der politischen Stärkung des Bündnisses: die NATO solle eine Plattform für offene Diskussionen über Russland, den Nahen Osten, China, Waffenkontrolle, Klimawandel bis hin zu neuen und disruptiven Technologien werden. Um stärker zu werden, müsse die NATO anerkennen, dass Differenzen unter ihren Mitgliedern bestehen; diese sollten jedoch als Verbündete adressiert werden. Auch in den hitzigsten Debatten müsse man sich daran erinnern, dass sich die Allianz an erster Stelle für die Demokratie, grundlegende Freiheiten und den Rechtsstaat einsetzt. Zur Frage des globaleren Ansatzes: die NATO sei eine regionale Allianz, aber die Bedrohungen wie Terrorismus und Desinformationskampagnen seien global. Kein Land könne mit diesen Herausforderungen alleine umgehen. Dies sei auch im Umgang mit China wichtig. China solle nicht als Feind betrachtet werden, aber sein Aufstieg verändere die globale Machtordnung und setze die Werteordnung des Westens und grundlegende Freiheiten unter Druck. All dies erfordere die gemeinsame Aufmerksamkeit des Bündnisses. Dazu müsse auch mit Partnern zusammengearbeitet werden, die die Werte der NATO teilen. In all diesen Fragen zähle er auf die Unterstützung der NATO-PV und freue sich über die Diskussionen im Rahmen von *NATO 2030*.



In der anschliessenden Fragerunde wurden rund 20 Fragen gestellt. Bezüglich der Frage der Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU stellte sich Stoltenberg auf den Standpunkt, dass akzeptiert werden müsse, dass es sich dabei um zwei unabhängige Institutionen handle und die Entscheidungsprozesse unterschiedlich seien. Nichtsdestotrotz sei die Zusammenarbeit enger als jemals zuvor, da sich die EU und die NATO mit den gleichen Bedrohungen und Herausforderungen auseinandersetzen müssen (Russland, China, Instabilität im Süden, Terrorismus). Auf verschiedene Fragen zu den Verteidigungsausgaben und zur Lastenteilung entgegnete Stoltenberg, dass sich die NATO auf absolute Zahlen verlassen müsse. Diesbezüglich bergen die wirtschaftlichen Konsequenzen der Covid-19-Pandemie auf das Bruttoinlandprodukt gewisse Risiken (NB. die NATO-Verbündeten verpflichten sich dazu, 2 Prozent ihres Bruttoinlandproduktes für die Verteidigung aufzuwenden). Auf verschiedene Fragen, welche genaue Haltung die NATO im Umgang mit China einnehmen sollte, betonte Stoltenberg nochmals, dass China nicht dieselben Werte teile. Zu diesem Zweck müsse die Zusammenarbeit mit Ländern wie Japan, Australien oder Neuseeland verstärkt und in die Verteidigung und neue Technologien investiert werden. Zudem müsse mit der Industrie eng zusammengearbeitet werden, um technologisch am Ball zu bleiben.

Die Vollversammlung wählte ferner Gerald E. Connolly (USA) zum Präsidenten der NATO-PV und wählte ihre fünf Vizepräsident/innen.² Schatzmeister Wolfgang Hellmich (Deutschland) stellte zudem die Ausgaben der Versammlung von 2019 sowie das Budget 2021 der NATO-PV vor. Der Überschuss von 2019 betrug EUR 4'605. Für das Budget 2021 wurden wie im Vorjahr EUR 4,05 Mio. beantragt. Wolfgang Hellmich dankte der Schweiz für ihren finanziellen Beitrag.³

Wie bei jeder Jahrestagung verabschiedete die Versammlung mehrere Resolutionen (mehr dazu unter den jeweiligen Diskussionspunkten in Kapitel 4.2-4.9).⁴ Die nachfolgenden Themen standen bei den Anlässen mit Beteiligung der Schweizer Delegation im Zentrum.

4.2 Herausforderungen und Entwicklung des Bündnisses

4.2.1 NATO 2030

Die Plenarversammlung verabschiedete eine Erklärung ihres Ständigen Ausschusses zum Reflexionsprozess NATO 2030, welche vom Präsidenten der Versammlung Attila Mesterhazy (Ungarn) präsentiert wurde.⁵ In der Erklärung werden die Regierungen und Parlamente der NATO aufgefordert in drei Hauptbereichen aktiv zu werden.

Erstens solle die Wertegemeinschaft Europas und Nordamerikas bekräftigt werden. Die Rolle der NATO als einzigartige und essenzielle Plattform gelte es für Konsultationen in transatlantischen Sicherheitsfragen zu stärken. Eine engere politische Zusammenarbeit könnte der regelmässigeren Austausch von nationalen strategischen Prioritäten und Operationen beinhalten, ein verstärkter nachrichtendienstlicher Austausch sowie bei Unstimmigkeiten zwischen den Bündnispartnern der Einsatz von Mediation und ad hoc Arbeitsgruppen. Weiter solle die Rolle des NATO-Generalsekretärs als Akteur der Konsensfindung zwischen den Verbündeten gefördert werden. Überdies müssten die NATO Public Diplomacy Division sowie weitere nationale Akteure, u.a. Parlamentarier/innen, in ihren

² Mimi Kodheli (Albanien), Karen McCrimmon (Kanada), Joëlle Garriaud-Maylam (Frankreich), Marietta Giannakou (Griechenland), Attila Mesterhazy (Ungarn).

³ Die Schweiz beteiligte sich 2020 via VBS mit CHF 15'000.- an den Aktivitäten der NATO-PV.

⁴ Die Resolutionen sind unter www.nato-pa.int abrufbar (siehe Documents → Policy Recommendations → 2020).

⁵ *OTAN 2030 : une alliance plus forte et plus unie sur la scène internationale*, Erklärung 460



Bemühungen unterstützt werden, die Ziele und Arbeiten der NATO besser bekannt zu machen. Die Politik der Offenen Türe solle zudem bekräftigt werden, um die euroatlantische Integration von Bosnien-Herzegowina, Georgien und der Ukraine zu unterstützen.

Zweitens gelte es die NATO dafür bereit zu machen, als Bündnis Bedrohungen und Herausforderungen ganzheitlich («um 360 Grad») zu begegnen. In diesem Zusammenhang müsse in erster Linie das strategische Konzept der NATO aktualisiert und das veränderte Sicherheitsumfeld miteinbezogen werden. Gegenüber Russland gelte es die Strategie der Abschreckung und Verteidigung bei gleichzeitiger Offenheit für den Dialog zu wahren. Der Kampf gegen den Terrorismus müsse fortgesetzt und die Zusammenarbeit mit den Partnern der Mittelmeerregion verstärkt werden, um die Südflanke stabil zu halten. Überdies gelte es die Auswirkungen von Chinas Aufstieg sowie dessen Zusammenarbeit mit Russland besser zu verstehen. In diesem Zusammenhang müsse auch die Zusammenarbeit mit Partnern, namentlich mit der EU oder Ländern der Asien-Pazifik-Region, verstärkt werden. Auch gegen hybride Bedrohungen, Desinformation und andere Versuche, demokratische Prozesse und die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu unterhöhlen, müsse sich die NATO wappnen. Die Risiken des Klimawandels sollen auch als Bedrohung der Sicherheit anerkannt werden. Weiter müsse das Bündnis in Wissenschaft und Technologie sowie Forschung und Entwicklung investieren, um technologisch am Ball zu bleiben.

Drittens solle die NATO eine Allianz mit einer «globalen Stimme» und einem breiten Netzwerk von Partnern werden. Die NATO könne ihren Beitrag zur euroatlantischen und globalen Sicherheit leisten, indem sie mit Partnern auf der ganzen Welt zusammenarbeitet. Dazu gehöre auch die enge Zusammenarbeit mit der EU, welche aber keine Bündnispartner ausschliesst, die nicht Mitglied der EU sind. Weiter solle die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der Afrikanischen Union, der Arabischen Liga, dem Golf-Kooperationsrat sowie weiteren internationalen Organisationen verstärkt werden.

4.2.2 Informationsverbesserung

An der Jahressession wurde mehrfach erwähnt, dass die Ziele und Arbeit der NATO in der Öffentlichkeit gemeinhin zu wenig bekannt seien. Im Ausschuss für die zivile Dimension der Sicherheit präsentierte Angel Tilvar (Rumänien) einen Bericht über Möglichkeiten zur Verbesserung dieses Informationsdefizits.⁶ Aus Tilvars Sicht Sorge der Mangel an Wissen und Verständnis dafür, dass Bürgerinnen und Bürger die NATO zu wenig unterstützten. Eine wirksame Kommunikation sei für den Erfolg der NATO unabdingbar. Zwar habe die NATO in diesem Bereich ihre Aktivitäten verstärkt, es müsse aber noch weitaus mehr getan werden. Dies sei gerade vor dem Hintergrund der Covid-19-Pandemie wichtig, da sich die NATO mit Desinformations- und Propagandakampagnen konfrontiert sah, die oftmals aus Russland oder China stammten. Diese sorgten für Spaltungen und unterhöhlen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Institutionen.

Tilvar betonte aber auch, dass im Bereich der Information nicht nur die NATO, sondern v.a. auch die Mitgliedstaaten eine wichtige Rolle spielen. Einzelne hätten bereits innovative Massnahmen ergriffen, um eine breitere Öffentlichkeit über die Vorteile einer NATO-Mitgliedschaft und die Rolle des Bündnisses aufzuklären. In diesem Bereich spiele auch die NATO-PV eine wichtige Rolle, welche als eine ihrer Hauptaufgaben habe, das Verständnis für die Tätigkeiten der NATO unter Parlamentarier/innen, aber auch unter Bürger/innen zu fördern. Parlamentarier/innen sollten diesem

⁶ *Améliorer la pédagogie et la communication à propos de l'OTAN*, 028 CDS DG 20, Ausschuss für die zivile Dimension der Sicherheit



Auftrag nachkommen, indem sie bspw. Schulen und Universitäten besuchen und die jüngeren Generationen sensibilisieren.

4.2.3 Budgetfrage, Lastenteilung und Kapazitätsaufbau

Die Fragen der Verteidigungsausgaben der Mitgliedsstaaten und der Lastenteilung standen weniger im Zentrum der Jahressession als in Vorjahren. Der Aspekt der Verteidigungsausgaben wurde aber bspw. am Rande des Berichts von Leona Alleslev (Kanada) über die Verteidigungsinnovation angesprochen.⁷ Vor dem Ausschuss für Wissenschaft und Technologie argumentierte sie, dass die Mitgliedstaaten – auch wenn deren wirtschaftliche Lage angespannt sein mag – gerade in Zeiten der Pandemie ihre Verteidigungshaushalte nicht vernachlässigen sollten. Die NATO habe in der Bewältigung der Krise eine wichtige Rolle gespielt und tue dies auch weiterhin. Die Versammlung verabschiedete in diesem Zusammenhang eine Resolution, in der sie die Mitgliedstaaten dazu aufrief, ihre Verteidigungsausgaben auch im Kontext der Pandemie hoch zu halten und die Ziele von Warschau und Wales weiter zu verfolgen (2 Prozent des Bruttoinlandproduktes in Verteidigungsausgaben, davon 20 Prozent in grössere Beschaffung inkl. Forschung und Entwicklung).⁸ Eine weitere Resolution widmete sich der Frage der wirtschaftlichen Resilienz im Kontext von Pandemien.⁹ Diese rief die NATO-Staaten dazu auf, in Infrastruktur, Institutionen, Personal, Ausrüstung, Ausbildung und Planung zu investieren, um auf künftige Pandemien vorbereitet zu sein.

Ein Bericht von Lara Martinho (Portugal), welcher im Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit verabschiedet wurde, widmete sich der sogenannten *Defence and Related Security Capacity Building Initiative*.¹⁰ Die Initiative wurde am Gipfel von Wales von 2014 ins Leben gerufen und fokussiert sich auf ausgewählte strategische Partner der NATO. Ziel ist es, die Robustheit und Resilienz von deren Verteidigungsinstitutionen und Streitkräften zu fördern. Staaten wie Georgien, Jordanien, Moldawien, Irak und Tunesien haben bisher von der Initiative profitiert. Martinho argumentierte erstens, dass die Initiative auf parlamentarischer Ebene starke Unterstützung geniessen sollte. Zweitens sollte die NATO-PV Wege finden, mit der NATO bezüglich der Initiative enger zusammenzuarbeiten. Bspw. könnten NATO-Parlamentarier/innen im Rahmen der parlamentarischen Aufsicht über die Streitkräfte einen wichtigen Beitrag leisten. Drittens sollten die Regierungen einzelner Mitgliedsstaaten ihre Beiträge an die Initiative transparenter machen. Als letzten Punkt erwähnt der Bericht, dass die Ukraine als Kandidatin für ein neues Massnahmenpaket der Initiative infrage kommen soll.

4.2.4 Beziehungen zur EU

Die Beziehungen zur EU waren erneut Gegenstand eines separaten Berichtes, der im Politischen Ausschuss von Sonia Krimi (Frankreich) präsentiert wurde.¹¹ Der Bericht analysiert die bisherigen Leistungen in der Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU, u.a. auch im Rahmen der Covid-19-Krise. Da sich beide Akteure mit neuen und ähnlichen Sicherheits Herausforderungen konfrontiert sehen, wurde die Zusammenarbeit v.a. bei maritimen Operationen, im Kampf gegen den Terrorismus, beim Kapazitätsaufbau in Partnerstaaten, bei hybriden Bedrohungen, der Cybersicherheit sowie bei

⁷ *L'innovation en matière de défense*, 041 STC 20, Ausschuss für Wissenschaft und Technologie

⁸ *Maintenir la dynamique des investissements alliés en matière de défense après la Covid-19*, Resolution 462

⁹ *Résilience économique et pandémies*, Resolution 463

¹⁰ *L'Initiative de renforcement des capacités de défense et des capacités de sécurité s'y rapportant (DCB) de l'OTAN*, 031 DSCFC 20, Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit

¹¹ *Le partenariat OTAN-UE dans un contexte mondial en mutation*, 037 PCNP 20, Politischer Ausschuss



der militärischen Mobilität verstärkt. Während der Covid-19 Pandemie ist die Zusammenarbeit im Kampf gegen die hybriden Bedrohungen nennenswert: die NATO und die EU arbeiteten eng zusammen, um Desinformationskampagnen zu begegnen, welche das Vertrauen in die europäischen und euroatlantischen Institutionen schwächen wollten. Dazu standen die NATO und die EU in engem Austausch miteinander und hielten auch mit internationalen Partnern regelmässige Treffen ab.

Im Allgemeinen konstatierte Krimi, dass sich die EU als Akteurin der Sicherheit sehr weiterentwickelt habe – dieser Trend hin zu einer «Europäischen Verteidigung» wird in Umfragen auch von weiten Bevölkerungsteilen unterstützt. Die EU und die NATO müssen aus Krimis Sicht ein Gleichgewicht finden: einerseits sollten die europäischen Bestrebungen unterstützt werden, andererseits sollten dadurch NATO-Mitgliedstaaten, die nicht Teil der EU sind – namentlich die USA – nicht aussen vor gelassen werden. Um dieses Ziel zu erreichen, empfiehlt der Bericht neben der Förderung der bestehenden Gefässe u.a., dass die Zusammenarbeit in neuen Bereichen verstärkt werden sollten. Zwei Themen, die dafür in Frage kommen, sind der Umgang mit dem Aufstieg Chinas sowie die künstliche Intelligenz. Bei beiden Themen haben die NATO und die EU ein vitales Interesse, eine gemeinsame und kohärente Antwort zu finden.

4.2.5 Rolle der Frauen in der Sicherheitspolitik

Um die Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit voranzutreiben, verabschiedete die Versammlung eine Resolution¹², die auf einen Bericht¹³ von Ulla Schmidt (Deutschland) zurückging. In ihrem Referat erinnerte Schmidt daran, dass 20 Jahre vergangen sind, seitdem der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1325 über Frauen, Frieden und Sicherheit verabschiedet hatte. Mit diesem Meilenstein rückten Frauen erstmals in den Mittelpunkt der Bemühungen um Frieden und Sicherheit. Dadurch wurden die spezifischen Auswirkungen von Konflikten auf Frauen und Mädchen anerkannt und die unverzichtbare Rolle von Frauen bei der Wahrung und Förderung von Frieden und Sicherheit gewürdigt. Seither habe die internationale Gemeinschaft beachtliche Fortschritte gemacht, Frauen blieben aber in diesem Themenbereich immer noch unterrepräsentiert. Der Rahmen, der die Resolution 1325 vorgibt, sei zwar gut, aber die Implementierung der Agenda schwierig. Schmidt empfiehlt, für die Agenda ausreichend finanzielle Mittel bereitzustellen, was gerade im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie wichtig sei, welche die Frauen unverhältnismässig stark getroffen habe.

Mit ihrer Resolution erinnert die NATO-PV die internationale Gemeinschaft und die NATO-Mitglieder an die Umsetzung der Agenda über Frauen, Frieden und Sicherheit und an die Implementierung von konkreten Massnahmen. Gleichzeitig sollen diese Überlegungen auch in den Reflexionsprozess *NATO 2030* einfließen.

4.3 Covid-19

In allen fünf Ausschüssen wurden die Covid-19-Situation diskutiert und Berichte verabschiedet.¹⁴ Im Anschluss an die Eröffnungssitzung vom 18. November 2020 fand deswegen eine Spezialsitzung zur

¹² *Poursuivre la mise en oeuvre de la résolution 1325 du Conseil de sécurité des Nations unies et du programme «Femmes, Paix, et Sécurité»*, Resolution 461

¹³ *Faire avancer le programme « Femmes, Paix et Sécurité »*, 027 CDS 20, Ausschuss für die zivile Dimension der Sicherheit

¹⁴ *L'impact de la crise de la Covid-19 sur la dimension civile de la sécurité*, 088 CDS 20, Ausschuss für die zivile Dimension der Sicherheit



Covid-19-Situation statt, an der alle Ausschüsse teilnahmen und die von Osman Bak (Türkei) geleitet wurde. In seiner Einleitung erläuterte er, in welcher Ausnahmesituation sich die Welt befinde. Angesichts dessen habe die NATO-PV schnell reagiert und eine gemeinsame Antwort gefunden.

Zunächst erläuterte Joëlle Garriaud-Maylam (Frankreich), welche kurz- und längerfristigen Auswirkungen der Covid-19-Krise auf die zivile Dimension der Sicherheit zu erwarten seien. Der Bericht, der im zivilen Ausschuss für Sicherheit verabschiedet wurde, untersuchte dazu den Zusammenhang zwischen repressiven Massnahmen (wie sie in China getroffen wurden) und der Entwicklung der Gesundheitskrise, die Gefahr von Disseminations- und Desinformationskampagnen sowie gesellschaftliche Veränderungen als Folge der Krise, welche vulnerable Bevölkerungsgruppen wie Frauen, Kinder und Jugendliche besonders hart treffen. Schlussfolgernd empfiehlt der Bericht eine verstärkte internationale und multilaterale Zusammenarbeit, um die grenzübergreifende Gesundheitskrise gemeinsam meistern zu können.

Für den Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit sprach Attila Mesterhazy (Ungarn). Sein Bericht konzentrierte sich auf die Aktivitäten und die Rolle der NATO bei der Bewältigung der Pandemie. Das Bündnis habe Anfang 2020 schnell und effizient auf die Verbreitung des Virus reagiert. Bis zum heutigen Zeitpunkt habe die NATO über 350 Missionen koordiniert, um medizinisches Personal und Güter zu transportieren, Feldspitäler zu bauen und Spitalbetten einzurichten. Aus der ersten Phase habe die Allianz die nötigen Lehren gezogen, um auf die zweite Welle vorbereitet zu sein. Nun gelte es, diese Lehren so umzusetzen, dass die NATO auch für künftige Krisen gewappnet und widerstandsfähig sei. Nichtsdestotrotz dürfe die Covid-19-Pandemie nicht von den übrigen Missionen und Aktivitäten der NATO ablenken, da die Sicherheitsgefahren weiterhin bestehen und die Bereitschaft der Kräfte deswegen weiterhin eine Hauptpriorität darstellen müsse.

Christian Tybring-Gjedde (Norwegen), Präsident des Ausschusses für Wirtschaft und Sicherheit, warnte vor den wirtschaftlichen Konsequenzen der Pandemie. Die genauen Zahlen seien schwierig vorherzusehen, aber Vieles deute darauf hin, dass die wirtschaftlichen Kosten beträchtlich und für viele Jahre spürbar sein werden. Falls diese schlecht gehandhabt würden, seien gar katastrophale Ausmasse zu erwarten. Der Bericht legt dazu verschiedene ökonomische Konzepte dar, derer sich Regierungen und Parlamente bedienen könnten, um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie zu mindern.

Aus Lord Campbells (UK) Sicht waren die Vorbereitungen, die die Länder für eine Pandemie getroffen hatten, grösstenteils ungenügend. Die Krise, welche weite Teile der Welt hart getroffen hat, werde auch einen Einfluss auf internationale Angelegenheiten und die transatlantische Sicherheit haben. Die Pandemie habe sich nämlich auch schnell zur Sicherheitskrise entwickelt, welche die Globalisierung und globale Machtkämpfe verändern könne. In der Post-Covid-Welt könne die NATO eine wichtige Rolle spielen, um auf künftige Krisen besser vorbereitet zu sein. Bspw. könnten die Verbündeten ihre Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen verstärken und in gewissen Bereichen Reformen anregen, um diese widerstandsfähiger zu machen. Weiter sei zu erwarten, dass das globale Sicherheitsumfeld feindseliger und kompetitiver werden könne. In diesem Zusammenhang sei es enorm wichtig, die nötigen Budgets für die Verteidigung und die Sicherheit zu sprechen. Zudem müsse

Le rôle essentiel de l'OTAN face à la pandémie de Covid-19, 091 DSC 20, Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit
Les conséquences économiques de la pandémie de Covid-19, 094 ESC 20, Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit
Covid-19 et sécurité transatlantique, 105 PC 20, Politischer Ausschuss
COVID-19, sécurité internationale et importance de la communauté scientifique et technologique de l'OTAN, 090 STC 20, Ausschuss für Wissenschaft und Technologie



die euroatlantische Gemeinschaft ihren Ansatz im Umgang mit China überdenken: eine Rückkehr zum «Business as usual» sei keine Option.

Kevan Jones (UK) erläuterte schliesslich für den Ausschuss für Wissenschaft und Technologie, wie wichtig das Wissenschafts- und Technologienetzwerk der NATO für die internationale Sicherheit sei. In der Pandemie sei es ein Hauptinteresse der politischen und militärischen Allianz, die Gesundheit, Sicherheit und Bereitschaft der Kräfte zu wahren. Zu diesem Zweck müsse die NATO resilienter werden, wobei wissenschaftliche und technologische Entwicklungen eine zentrale Rolle spielen könnten. Die bestehenden Wissenschafts- und Technologie-Netzwerke der NATO sollten zu diesem Zweck ausgebaut werden: namentlich könnte die Zusammenarbeit mit der EU und weiteren Partnern verstärkt, das Büro des Chefwissenschaftlers (*Office of the Chief Scientist*) mit zusätzlichen Ressourcen verstärkt und dessen Rolle als Berater in Krisenzeiten formalisiert werden. Der Bericht warnt insbesondere auch vor menschengemachten biologischen Waffen, welche Krisen eines ähnlichen oder noch schlimmeren Ausmasses auslösen könnten.

4.4 China

Während in früheren Jahren die Rolle Chinas kaum je Erwähnung fand, nahm das Land an der diesjährigen Versammlung eine sehr prominente Rolle ein. Gleich drei Ausschüsse verabschiedeten Berichte¹⁵ und die Plenarversammlung forderte am letzten Sessionstag mittels Resolution¹⁶ eine transatlantische Strategie zu China.

Ein Bericht des Ausschusses für die zivile Dimension der Sicherheit kommt zum Schluss, dass Peking's Versuche, die globale liberale Ordnung zu untergraben, eine Bedrohung für das Wertesystem der Allianz darstelle. China bemühe sich darum, mittels militärischen Einsätzen, wirtschaftlichen Initiativen und politischem Einfluss alternative Strukturen zu schaffen und umgehe dabei grundlegende liberale Werte und internationale Menschenrechtsstandards. Im Rahmen der Covid-19-Krise sei zudem zum Vorschein gekommen, dass China versuche, sein autoritäres Regierungsmodell ausserhalb seiner Grenzen zu verbreiten. Um adäquat auf Chinas Aktivitäten reagieren zu können, erklärte der Berichterstatter Lord Jopling (UK), dass die Verbündeten ihre Differenzen überbrücken und liberale Werte fördern sollten. Es sei dabei wichtig, mit einer Stimme zu sprechen und Peking zu zeigen, dass seine Aktionen nicht akzeptierbar und mit liberalen Werten nicht vereinbar seien. Gleichzeitig gelte es darauf Acht zu geben, China nicht als Ganzes abzulehnen – mit dem Land müsse der Dialog gepflegt werden, ohne die eigenen Werte zu kompromittieren. In der anschliessenden Diskussion antwortete Lord Jopling auf die Frage von Angel Tilvar (Rumänien), wie er Chinas anfänglichen Umgang mit der Pandemie sehe, dass es nach der Bewältigung der Pandemie eine internationale Untersuchung brauchen werde, um die Anfänge der Pandemie zu analysieren.

Ein weiterer Bericht, der von Christian Tybring-Gjedde (Norwegen) präsentiert wurde, fokussierte sich auf Chinas «neue Seidenstrasse». Mit der sogenannten *Belt and Road Initiative* habe China auf eindeutigste Weise auf seine globalen wirtschaftlichen, diplomatischen und strategischen Ambitionen aufmerksam gemacht. Der Bericht argumentiert, dass dieses Megaprojekt die geopolitische

¹⁵ *La Chine et l'ordre mondial libéral*, 029 CDS 20, Ausschuss für die zivile Dimension der Sicherheit
L'initiative La ceinture et la route de la Chine : Une évaluation stratégique et économique, 033 ESC 20, Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit
La montée en puissance de la Chine : répercussions sur la sécurité euro-atlantique et mondiale, 036 PC 20, Politischer Ausschuss

¹⁶ *Une stratégie transatlantique vis-à-vis de la Chine*, Resolution 464



Landschaft des 21. Jahrhunderts derartig verändern werde, dass dies von der transatlantischen Gemeinschaft nicht ignoriert werden könne. Zwar bezeichne die chinesische Regierung das Projekt als ein Mittel zur Förderung der regionalen Konnektivität, des verbesserten Handels, der wirtschaftlichen Prosperität und der Förderung der Verbindung zwischen Nationen; westliche Analysten bezeichneten das Projekt aber auch Mittel zur Förderung der nationalen chinesischen Sicherheit und als Versuch, den Status einer globalen Supermacht zu erreichen. China sei zwar ein strategischer Rivale des Westens, aber gleichzeitig auch ein wichtiger Handelspartner und eine Schlüsselverbindung in globalen Handelsketten. Der Bericht argumentiert deswegen, dass China nicht einfach von der Weltwirtschaft ausgeschlossen werden könne – die Kosten wären für den Westen zu gross. Vielmehr sollte die *Belt and Road Initiative* als Chance begriffen werden. Das Projekt berge aber auch Risiken für den Westen: dazu gehören Hinweise, dass China Infrastruktur finanziert und aufbaut, welche seine militärische Expansion begünstigt, dass es Schuldenfallen schafft, Standards der Nachhaltigkeit, des Arbeitsrechts und der Korruptionsbekämpfung ignoriert und zudem Möglichkeiten für Spionageaktionen eröffne. Weiter müsse man befürchten, dass China eine Strategie verfolgt, welche den Westen teilen will. Gerade aus diesem Grunde sei ein gemeinsamer Ansatz Europas und Nordamerikas zentral: Chinas geostrategische Ambitionen sollten anerkannt werden, gleichzeitig gelte es mit China weiterhin wirtschaftlich zu verhandeln. Die transatlantische Gemeinschaft sollte dabei ein Entwicklungs- und Investitionsmodell verfolgen, welches auf Transparenz, Nachhaltigkeit, einer liberalen Marktordnung und guter Regierungsführung fusst.

Vor dem politischen Ausschuss erläuterte Gerald E. Connolly (USA) schliesslich die Auswirkungen von Chinas Aufstieg auf die globale und euroatlantische Sicherheitslandschaft. Der schnelle Aufstieg des Landes habe in den globalen Angelegenheiten zu einem Paradigmenwechsel geführt, der mit dem Kollaps der Sowjetunion vergleichbar sei. Eine Konfrontation zwischen China und der euroatlantischen Gemeinschaft sei weder erwünscht und unvermeidbar, aber falls die NATO China vernachlässige, könnte eine solche wahrscheinlicher werden. Es wäre gar unverantwortbar, wenn die euroatlantischen Staaten ihre Strategien gegenüber China nicht überarbeiten würden. Durch den Aufstieg Chinas werden nämlich das Rennen über die wirtschaftliche und technologische Vormachtstellung angeheizt und offene Gesellschaften und individuelle Freiheiten angegriffen. Dies alles könne in einen Kampf um unsere Werte und unsere Lebensweise münden.

Die Resolution 464 der Plenarversammlung zu China trägt all diesen Aspekten Rechnung. Sie fordert die NATO-Staaten und ihre Partner u.a. dazu auf, das strategische Konzept der NATO sowie die Planung der Verteidigung und den Kapazitätsaufbau zu überarbeiten und China als ein Hauptthema dieser Arbeiten zu sehen. Mit China soll u.a. der Dialog über Aspekte wie die militärische Transparenz, die Freiheit der See (*freedom of navigation*) oder das Notfall- und Disaster-Management gesucht werden. Dabei sollen die Dimension der Menschenrechte priorisiert und China für Verletzungen der Menschenrechte zur Rechenschaft gezogen werden. Angesichts chinesischer Desinformationskampagnen und Cyber-Attacken sollen die NATO-Staaten resilienter werden. Mit der Europäischen Union und den indopazifischen Partnern solle zudem ein regelmässiger Austausch gepflegt werden, um die Chancen und Herausforderungen von Chinas Aufstieg besser einschätzen zu können.

4.5 Beziehungen zu Russland

Im Vergleich zu früheren Jahren nahmen die Diskussionen über die Beziehungen zu Russland weniger Platz ein. In einem viel beachteten Rundtischgespräch im Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit zwischen Cédric Perrin (Frankreich) und Dr. Richard Connolly, Direktor des Center for Russian, East European, and Eurasian Studies der Universität Birmingham wurde v.a. die Modernisierung des russischen Militärs besprochen. Connolly wies darauf hin, dass eine von



Russlands Schwächen seine Industriebasis sei. Zwar sei das Land gut im Bereich der Innovation und Entwicklung von neuen Systemen, eine Serienproduktion sei aber meist schwierig. Ebenfalls machte er darauf aufmerksam, dass Russlands Ausgaben für die Forschung und Entwicklung oftmals unterschätzt würden.

Cédric Perrin (Frankreich) analysierte in seinem Bericht die Aktionen Moskaus, um Russlands Macht in einer multipolaren Welt zu sichern.¹⁷ In strategischen Dokumenten wird offenkundig, dass aus russischer Sicht die grundlegende Aufgabe des Staates darin bestehe, seine nationalen Interessen zu verteidigen. Es werde dazu ein düsteres Bild des internationalen Sicherheitsumfelds gezeichnet, welches für Russland zahlreiche Bedrohungen und Gefahren beinhalte. Als dominierendes Feindbild werden die USA und seine Verbündeten charakterisiert. Vor diesem Hintergrund sei es klar, dass Russland versuche, die existierende globale Ordnung zu stören und das internationale System zu seinen Gunsten zu steuern. Dieses Ziel verfolge Russland einerseits durch eine effiziente Modernisierung seines Militärs, andererseits aber auch mit einem klaren politischen Willen. Die NATO und ihre Verbündeten täten deswegen gut daran, eigene Differenzen zu überwinden und v.a. ihre Verteidigungsbudgets zu wahren. Weiter gelte es, sich gegen Desinformationskampagnen zu wappnen, die das Ziel verfolgten, die Verbündeten zu spalten.

4.6 Neue Technologien und Entwicklungen: Verteidigungsinnovation, Entwicklungen im Weltall, Hyperschallwaffen

Im Ausschuss für Wissenschaft und Technologie wurde u.a. über das Thema der *Verteidigungsinnovation* gesprochen. Rob Murray, Leiter der Abteilung für Innovation und entstehende Sicherheitsherausforderungen bei der NATO, hielt zunächst ein Referat darüber, wie die NATO-Staaten «technologiebereit» werden könnten. Er präsentierte dazu vier Empfehlungen. Erstens sollten die Mitgliedstaaten «digital» werden. Wenn neue datenbasierte Technologien entwickelt werden, sei es besonders wichtig, dass die Daten bereits digital vorhanden und zugänglich und nicht über mehrere Instanzen verteilt sind. Zweitens unterstrich Murray die Wichtigkeit der Finanzierung. Steuereinnahmen alleine würden nicht ausreichen, um neue Verteidigungstechnologien zu entwickeln und auf die Bedürfnisse der Streitkräfte anzupassen. Es sollten deswegen kreative Finanzierungsmechanismen entwickelt werden. Dabei seien Beziehungen zum Privatsektor essenziell. Drittens betonte Murray die Notwendigkeit, gemeinsame Standards zu entwickeln. Letztere sollen v.a. der Interoperabilität dienen. Viertens müsse die Ausbildung von Menschen gefördert werden – es genüge nicht, lediglich in die Entwicklung von neuer Technologie zu investieren, um das Technologierennen zu gewinnen.

In der anschließenden Fragerunde fragte Jozas Olekas (Europäisches Parlament), wie man den Einsatz von künstlicher Intelligenz regulieren könne und ob eine internationale Vereinbarung sinnvoll wäre. Murray betonte, dass der Einsatz von künstlicher Intelligenz auf den gemeinsamen Werten der NATO fassen sollte. Internationale Foren, welche Standards festlegen, existierten bereits (bspw. die *International Telecommunications Union* in der UNO), es sei aber wichtig, dass die NATO sich besser mit solchen Institutionen koordiniere. Man müsse auch anerkennen, dass technologische Entwicklungen – und die künstliche Intelligenz im Besonderen – nicht nur für die Verteidigung und Sicherheit, sondern auch für die Gesellschaft als Ganzes einen Mehrwert bringen könne. In diesem

¹⁷ *La modernisation des forces armées russes, source de défis pour les membres de l'OTAN*, 030 DSC 20, Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit



Zusammenhang sei es aber wichtig, die Transparenz zu fördern, damit Bürgerinnen und Bürger verstehen, wie Entscheide getroffen werden.

Leona Alleslev (Kanada) legte dem Ausschuss zudem einen Bericht¹⁸ und einen Resolutionsentwurf¹⁹ über die Verteidigungsinnovation vor. In ihrer Präsentation betonte sie, dass die Bemühungen, Volkswirtschaften, Gesundheits- und Gesellschaftssysteme nach der Covid-19-Krise wiederaufzubauen, nicht zulasten der Sicherheit gehen sollten. Es wäre ein schwerer Fehler, die Verteidigungsausgaben zu kürzen, welcher von den Gegnern der Allianz ausgenutzt werden könnte. Die Bedrohungen seien weiterhin akut. Zu diesem Zweck müsse die Allianz in ihre Innovation investieren und eine Innovationsagenda verfolgen, welche ein agiles, innovatives und risikenerprobtes Denken fördere. Besonders wichtig sei die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor. In diesem Bereich hinderten aber oftmals komplexe Beschaffungsprozesse und mangelnde Finanzierungen Firmen daran, sich für militärische Aufträge zu bewerben. Um Innovation und den Wettbewerb zu fördern sei es deswegen auch wichtig, Firmen, die sich nicht mit Verteidigung befassen (darunter auch Start-ups) in den Verteidigungsinnovationsprozess miteinzubeziehen. Weiter sollten Finanzierungsprozesse geschaffen werden, welche Innovation begünstigen.

In einer Präsentation vor dem Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit und dem Ausschuss für Wissenschaft und Technologie referierte Dr. Stamatios M. Krimigis, Professor im Space Department des Labors für angewandte Physik an der Johns Hopkins University über die Wichtigkeit des Weltalls in den Bereichen der Sicherheit und der Wirtschaft. Dieses Thema sei bis anhin von Regierungen als zu wenig prioritär betrachtet worden. Die globale Wirtschaft rund um Weltallfragen betrug im Jahre 2018 rund 360 Mrd. US-Dollar, darin seien lediglich 22 Prozent staatliche Ausgaben enthalten (die USA gaben 2018 rund 50 Mrd. US-Dollar aus, die übrigen Staaten zusammen lediglich 30,5 Mrd. US-Dollar). Es gebe wichtige staatliche oder supranationale Institutionen wie die Europäische Weltraumagentur (ESA), welche sich mit Weltraumfragen befassen. Gleichzeitig seien Weltraumfragen aber mit einer wichtigen Transformation konfrontiert, darunter fallen Innovationen wie die signalerfassende Aufklärung aus mehreren Quellen, die Geolokalisierungs- und die Spoofing-Technologie, die Satellitenkommunikation von der erdnahen Umlaufbahn sowie die «Revolution» der Kleinsatelliten. Zudem spiele der Privatsektor eine zunehmend wichtige Rolle, da Investoren wie Elon Musk die Weltraumtechnologie vorantrieben. Aus Krimigis Sicht transformieren diese technologischen Durchbrüche auch den Verteidigungssektor. Es seien Investitionen notwendig, um die Technologien adäquat nutzen zu können.

In der anschließenden Diskussion wies Philippe Michel-Kleisbauer (FR) auf die wachsende Komplexität der Bedrohungen aus dem Weltall hin. Zudem sei die Weltraum-Technologie auch im Rahmen des Umweltschutzes und dem Kampf gegen den Klimawandel wichtig geworden. Kevan Jones (UK) fragte nach rechtlichen Vereinbarungen, welche sowohl Regierungen als auch den Privatsektor binden könnten. Krimigis entgegnete darauf, dass die erhöhten Aktivitäten von privaten Akteuren wie Elon Musk teilweise Unsicherheiten generierten. Es sei klar, dass es in diesem Bereich Diskussionen brauche und ggf. auch neue internationale Vereinbarungen.

Susan Davis (USA) präsentierte vor dem Ausschuss für Wissenschaft und Technologie einen Bericht zu Hyperschallwaffen.²⁰ Man müsse zwischen zwei Typen von Hyperschall-Raketen unterscheiden:

¹⁸ *L'innovation en matière de défense*, 041 STC 20, Ausschuss für Wissenschaft und Technologie

¹⁹ *L'innovation en matière de défense*, Resolution 465

²⁰ *Les armes hypersoniques: Défi technologique pour les Alliés et l'OTAN*, 039 STC 20, Ausschuss für Wissenschaft und Technologie



Marschflugkörper und Gleitflugeräte, die beide mit Hyperschallgeschwindigkeit fliegen, aber unterschiedliche Startpunkte haben. Im Unterschied zu ballistischen Raketen seien die Hyperschall-Raketen manövrierbar. Die Kombination aus Geschwindigkeit und Manövrierbarkeit berge neue Herausforderungen, da Hyperschall-Raketen existierende Verteidigungslinien umgehen und entsprechend die Warnzeit verkürzen können. Davis bemerkte, dass China und Russland bedeutende Fortschritte in ihren Hyperschall-Waffenprogrammen gemacht haben. Unter der Führung der USA haben auch NATO-Verbündete sich der Hyperschall-Technologie gewidmet und Prototypen entwickelt. Im Gegensatz zu Russland entwickeln die USA aber keine Hyperschallwaffen, welche mit nuklearen Sprengköpfen zum Einsatz kommen könnten. Die USA priorisieren momentan die Entwicklung von Kurz- und Mittelstreckenkapazitäten. Die NATO müsse die Chancen und Herausforderungen der Hyperschall-Technologie genau analysieren. Sie habe sicherlich kein Interesse an einem neuen Wettrüsten; sie könne aber auch die Fortschritte nicht einfach ignorieren, die Russland, China und andere Länder in diesem Bereich gemacht haben.

4.7 Afghanistan

Die Lage in Afghanistan wurde an der diesjährigen Session weniger thematisiert als in Vorjahren und war auch nicht Gegenstand eines separaten Berichtes. In einzelnen Ausschüssen und in der Plenarversammlung wurden aus aktuellem Anlass Fragen zur Zukunft des amerikanischen Engagements gestellt – Präsident Trump hatte kurz zuvor angekündigt, die US-Truppen im Land stark zu reduzieren. Jens Stoltenberg betonte vor der Plenarversammlung, dass ein andauerndes Engagement der NATO in Afghanistan essenziell sei. Nur so könne der Aufstieg des Islamischen Staates verhindert und die Arbeiten bewahrt werden, die in den letzten Jahrzehnten getätigt wurden. Die Arbeiten in Afghanistan seien gemeinsam lanciert worden, deswegen müssen sie auch gemeinsam und koordiniert ein Ende finden.

Im Jahr zuvor hatte die Versammlung noch eine Resolution verabschiedet, welche die Mitgliedstaaten dazu aufrief, bis zum Abschluss eines Friedensabkommens ihre Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte fortzuführen.²¹

4.8 MENA-Region

Vor dem Hintergrund der Covid-19-Krise analysierte ein Bericht von Philippe Folliot (Frankreich) die Pandemiesituation in der MENA-Region.²² Erste Fälle von Covid-19 tauchten in der MENA-Region im Januar 2020 auf, seither haben die Zahlen laufend zugenommen. Mit Ausnahme des Irans haben die Infektionszahlen aber nicht diejenigen Europas oder der USA erreicht. Als grösstes Problem müssen die sekundären Auswirkungen infolge der «Shutdowns» gesehen werden, d.h. die drastische Abnahme des Handels, der Kollaps der Energiepreise und das Schwinden der Tourismus-Industrie. Die Regierungen der Region haben tiefgreifende Massnahmen ergriffen, darunter Reisebeschränkungen, Shutdowns und Grenzschiessungen. Zudem wurden auch religiöse Orte und Stätten geschlossen und weitreichende Quarantänemassnahmen durchgesetzt. In einigen Fällen reihten sich diese Massnahmen in Tendenzen ein, die bereits zuvor individuelle Freiheiten und die Presse eingeschränkt haben. Zudem sei ein zusätzliches Problem der «Fake News» entstanden: einigen Regierungen werde bspw. vorgeworfen, weitaus zu wenig über die Verbreitung des Virus zu

²¹ *Développements récents en Afghanistan*, Resolution 456

²² *La pandémie de Covid-19 et la région Moyen-Orient et Afrique du Nord*, 095 GSM 20, Spezialausschuss zur Mittelmeerregion und dem Nahen Osten



kommunizieren. Die Pandemie treffe v.a. ärmere Länder der Region hart; wohlhabendere Länder in der Golfregion konnten dank finanzieller Mittel und besserer Infrastruktur besser auf die Krise reagieren. Es sei aber auch in diesen Ländern mit längerfristigen Konsequenzen zu rechnen, u.a. mit einer Rezession infolge der schwächeren Energiepreise. Verschiedene Prognosen gehen von wesentlichen wirtschaftlichen Verlusten aus. Besonders hart wird voraussichtlich der Libanon betroffen sein, dessen Bruttoinlandprodukt 2020 im Vergleich zum Vorjahr gemäss Schätzungen um ca. 18 Prozent schwinden wird. Auch die Weltbank und weitere internationale Organisationen gehen davon aus, dass sich die Armutsraten drastisch erhöhen werden.

Zwei weitere Berichte, welche im Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit und im Politischen Ausschuss diskutiert wurden, fokussierten sich auf die Golfregion.²³ Faik Oztrak (Türkei) erläuterte, dass die Golfregion eine Quelle sowohl von Konflikten, als auch der Zusammenarbeit mit Europa und den USA sein könne. Es sei davon auszugehen, dass das Interesse der USA an der Region schwinden werde. Spannungen in der Region können sich in der Folge v.a. für Europa als schwierig erweisen, welches einerseits seine wirtschaftlichen Beziehungen zur Region aufgebaut hat, aber andererseits weiterhin auf die USA angewiesen ist, wenn es um die Durchsetzung von Sicherheitsinteressen geht. Der Bericht empfiehlt, dass Europa in der Golfregion eine aktivere Aussen- und Sicherheitspolitik betreibt. Die NATO sollte wiederum darauf hinwirken, dass sich die Interessen der USA und Europas in der Golfregion angleichen. Die NATO könne bspw. Ausbildungsmöglichkeiten schaffen und die Zusammenarbeit verstärken. Ziel müsse es sein, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen, die regionale Stabilität zu fördern und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass regionale Akteure unabhängiger werden und selbst für ihre Sicherheit verantwortlich sind. Die Stabilität der Golfregion bedinge aber auch, dass diese Länder offener und toleranter werden und ihr Wohlstand besser verteilt werde. Dazu brauche es wirtschaftliche Reformen, welche von den NATO-Ländern unterstützt werden sollten. Des Weiteren sollte die Förderung von erneuerbaren Energien von der internationalen Gemeinschaft unterstützt werden, da dies längerfristig auch für die Golfregion unabdingbar erscheint.

In Bezug auf die Sicherheitssituation erläuterte Ahmet Yildiz (Türkei) vor dem Politischen Ausschuss, dass die Golfregion weiterhin in mehreren Hinsichten gespalten sei. Am bekanntesten sei die Rivalität zwischen Saudi-Arabien und dem Iran, da beide sich um die regionale Vormachtstellung bemühen. Weiter bestünden Unstimmigkeiten zwischen Katar und weiteren Ländern der Golfregion. Zudem hätten das Bröckeln des Atomwaffenvertrags mit dem Iran von 2015 sowie die Spannungen zwischen dem Iran und den USA die komplexe Sicherheitssituation in der Region weiter verschärft. Die Covid-19-Pandemie habe diese Dynamiken noch zusätzlich verstärkt; sie könnte aber aus Yildiz' Sicht auch Chancen für neue diplomatische Initiativen und die Zusammenarbeit aufweisen. Gerade in Ländern wie dem Jemen sollte sich die internationale Gemeinschaft um humanitäre Aktivitäten bemühen. Der *NATO 2030* Prozess biete eine Gelegenheit, um das Engagement der NATO neu zu definieren. Die euroatlantische Gemeinschaft müsse dabei auch anerkennen, dass China seinen Einfluss in der Region wesentlich verstärkt habe – bspw. habe es im Kontext der Pandemie medizinische Güter geschickt. Es sei zu erwarten, dass Chinas wirtschaftlicher Einfluss noch zunehmen werde und sich die Länder der Region ihm verstärkt zuwenden, wenn die NATO-Länder es verpassen, ihre wirtschaftlichen, humanitären, technologischen und sicherheitspolitischen Beziehungen zu pflegen.

Schliesslich fand im Spezialausschuss für die Mittelmeerregion und den Mittleren Osten eine Diskussion über die Lage in der Sahelzone statt. Der Bericht von Ahmet Berat Conkar (Türkei) warnte

²³ *La crise du Golfe et les marchés mondiaux de l'énergie*, 034 ESCTER 20, Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit
Les dynamiques sécuritaires dans le Golfe, 034 ESCTER 20, Politischer Ausschuss



vor einer weiteren Verschlechterung der Sicherheitssituation im Gebiet.²⁴ Neben Armut, Ungleichheit und Gewalt habe die Region auch mit irregulärer Migration zu kämpfen, was sowohl die Länder der Region und der Nachbarschaft, als auch Europa vor bedeutende Herausforderungen stelle.

4.9 Westbalkan

Die Lage im Westbalkan stand weniger im Fokus der Arbeiten. Ein Bericht, der im Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit besprochen wurde, widmete sich aber der Frage, wie Frieden und Sicherheit in der Region gewahrt werden können.²⁵ Jean-Charles Larssonneur (Frankreich) legte dar, dass in den letzten zwei Jahrzehnten viel erreicht wurde. Die meisten der exjugoslawischen Staaten seien nun fest in den euroatlantischen Institutionen verankert – mit Ausnahme Serbiens. Der Beitritt Nordmazedoniens sei ein weiterer Fortschritt, der für den Frieden und die Stabilität in der Region vielversprechend sei. Die Region sehe sich aber weiterhin mit wichtigen Herausforderungen konfrontiert: Demokratie und Rechtsstaat würden vielerorts unterhöhlt, Korruption und Nepotismus seien verbreitet und die wirtschaftliche Entwicklung stagniere. Zudem komme es zu einer Abwanderung der jungen Generation und gebildeten Schicht, wodurch Fachwissen und –kräfte fehlten. Auch Russland und China seien in der Region aktiv. Als Prioritäten für ein euroatlantisches Engagement nennt der Bericht u.a. folgende Bereiche: die Unterstützung Bosnien-Herzegowinas bei der Überwindung von politischen Blockaden (ggf. auch über ein «Dayton II»), die weitere Unterstützung des Dialogs zwischen Belgrad und Pristina, ein Engagement im Bereich der Desinformation sowie verschiedene Projekte zur Förderung von Demokratie und Rechtstaatlichkeit.

4.10 Bergkarabach

Im Rahmen eines Webinars zur Situation in Bergkarabach wurde von Experten erläutert, dass der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan schon seit rund 40 Jahren schwelte. Im internationalen Kontext habe v.a. die OSZE, darunter die sogenannte «Minsk-Gruppe» mit Russland, den USA und Frankreich, eine wichtige Rolle gespielt, um den Konflikt in Schach zu halten. Die letzten Kämpfe datierten von April 2016, seither schienen aber die Friedensprozesse auf einem guten Weg zu sein. Die Hoffnung auf Frieden wurde 2018 mit der Wahl Nikol Paschinjans zum armenischen Premierminister zusätzlich verstärkt; letzterer hatte bei der sogenannten *Samtenen Revolution* eine wichtige Rolle gespielt. Allerdings bediente dieser sich 2019 einer zunehmend provozierenden Rhetorik und äusserte seine Vorstellungen eines mit Bergkarabach vereinten Armeniens, was die Spannungen in der Region verstärkte. Im September 2020 eskalierten schliesslich die Kampfhandlungen in einem gross angelegten Angriff Aserbaidschans. Die humanitären Folgen des Konflikts sind beträchtlich und wurden durch die Covid-19-Pandemie zusätzlich verstärkt. Expertinnen und Experten schreiben die Ursprünge der Eskalation hauptsächlich Aserbaidschan zu. Besonders besorgniserregend erscheint, dass sich der Konflikt zu einem Stellvertreterkrieg zwischen Russland und der Türkei entwickeln und die gesamte Region destabilisieren könnte. Im Rahmen des Webinars kritisierten v.a. europäische Parlamentarier/innen besonders das türkische Engagement (die Türkei hatte Aserbaidschan mit verschiedenen militärischen Mitteln bedient). Weiter forderten sie einen sofortigen Waffenstillstand sowie die Entsendung von Beobachter/innen und friedensstiftenden Truppen.

²⁴ *Développement et sécurité dans la région du Sahel*, 042 GSM 20, Spezialausschuss für die Mittelmeerregion und den Mittleren Osten

²⁵ *Les principaux défis au maintien de la paix et de la sécurité dans les Balkans Occidentaux*, 032 DSCT 20, Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit



5 Würdigung der Tätigkeiten der NATO-PV im Jahre 2020

Die Diskussionen der NATO-PV waren in vielerlei Hinsicht besonders und aufschlussreich. Die Covid-19-Krise prägte nicht nur die inhaltlichen Diskussionen, sondern wirkte sich auf das Diskussionsformat aus: seit dem Frühjahr 2020 wurden die Sitzungen der Ausschüsse nur noch digital abgehalten und auch die Session selbst fand erstmalig per Videokonferenz statt. Angesichts dieser Umstände sind die Resultate der NATO-PV beachtlich: das Funktionieren der Versammlung konnten gewährleistet und die inhaltlichen Diskussionen geführt werden. Vielleicht auch aufgrund des digitalen Formats nahmen Meinungsverschiedenheiten weniger Raum ein als im Vorjahr, als der Graben zwischen der Türkei und den anderen NATO-Ländern unübersehbar war. Es bleibt abzuwarten, wie sich der tiefgreifende Einschnitt infolge der Covid-19-Pandemie auf die Arbeit der NATO-PV und der NATO auswirken wird. Dadurch könnten sich sowohl Chancen (Neuanfang und Berufen auf die Grundwerte der Allianz), als auch Herausforderungen auftun (Verstärken der Differenzen zwischen den NATO-Mitgliedern und nationalistische Tendenzen).

An der Jahressession wurde der **Weiterentwicklung der NATO** – und dementsprechend auch der Überbrückung ihrer Differenzen – viel Raum eingeräumt. Dabei ist insbesondere der von der NATO-Führung angestossene Reflexionsprozess *NATO 2030* zu nennen. Es bleibt zu hoffen, dass dadurch neuer Schwung erreicht wird, um die dringend notwendige strategische Erneuerung und Einigkeit zwischen den Verbündeten zu erreichen. Vielversprechend erscheint dabei Stoltenbergs Plan, die NATO als *politische* Allianz zu erneuern und dadurch die Entscheidungsprozesse zu beschleunigen.

Die **Covid-19-Krise** und die Auswirkungen auf die Sicherheitslandschaft wurden breit diskutiert. Es wurde oftmals die Befürchtung geäußert, dass die NATO-Länder sich angesichts der Bewältigung der Krise und ihrer wirtschaftlichen Folgen dazu versucht sehen könnten, ihre Verteidigungsausgaben zu reduzieren. Dies wäre aber ein kapitaler Fehler, da die Sicherheitsbedrohungen, die bereits vor der Krise bestanden, weiterhin akut seien. Zudem habe sich gerade in dieser Situation gezeigt, dass die NATO eine wichtige Rolle in der Krisenbewältigung spiele. Sollte sie vernachlässigt werden, wäre dies nicht nur für künftige Krisen verheerend, es würde auch den Gegnern der Allianz in die Hände spielen.

Im Allgemeinen bestätigte die Jahresversammlung, dass die **sicherheitspolitische Lage** weiterhin fragmentiert, komplex und unberechenbar ist. Das globale Machtgefüge verändert sich, was durch die Covid-19-Krise noch verdeutlicht wurde. Der Trend zur militärischen Aufrüstung hält an und die Zahl regionaler und subregionaler Konflikte bleibt ebenfalls hoch. Im Allgemeinen bröckelt die Führungsrolle des Westens in Sachen Technologie. Gleichzeitig mehren sich Cyberangriffe durch staatliche und nichtstaatliche Akteure und die Gefahr von Terroranschlägen bleibt erhöht.

Der **Aufstieg Chinas**, welcher in den Vorjahren kaum je Beachtung errang, rückte in den Hauptfokus der Jahressession. Zu lange sei Chinas Rolle vernachlässigt worden, in den jetzigen strategischen Konzepten der NATO werde das Land nicht einmal erwähnt. Gerade im Kontext der Pandemie habe sich aber gezeigt, welche beträchtlichen politischen Unterschiede zwischen China und dem Westen bestehen und wie Desinformationskampagnen sich zu Ungunsten der Allianz und ihrer Bürgerinnen und Bürger auswirken können. Die wirtschaftlichen Ambitionen Chinas, die am Beispiel der *Belt and Road Initiative* besonders deutlich werden, und die damit verbundene Verschiebung des globalen Machtgefüges können nicht mehr geleugnet werden. Gegenüber China müsse die Allianz eine geeinte Haltung finden, die auf ihrer liberalen Werteordnung beruhe. Es dürfte für die Schweiz, deren Beziehungen zu China sich in den letzten Jahren intensiviert haben, interessant zu beobachten sein, wie sich die NATO-Länder in dieser Frage positionieren.



Die **Beziehungen zwischen der NATO und Russland** wurden weniger thematisiert als in Vorjahren. Die Diskussionen wiesen insbesondere auf die Modernisierung des russischen Militärs und dessen Verteidigungsinnovation hin, welche von der euroatlantischen Gemeinschaft nicht vernachlässigt werden dürfe.

Die Diskussionen über **neue technologische Entwicklungen und die Verteidigungsinnovation** waren auch für die Schweizer Delegation von Interesse. Besonders zum Bereich des Weltalls, zu Hyperschallwaffen und zum Einsatz von künstlicher Intelligenz wurden aufschlussreiche Diskussionen geführt. Im Allgemeinen wurde die Notwendigkeit betont, mehr in die verteidigungsbezogene Forschung und Entwicklung zu investieren, um mit den Fortschritten Chinas und Russlands Schritt zu halten. Gleichzeitig erfolgen die technologischen Entwicklungen teils so rasant und werden auch von nicht-staatlichen Akteuren mitgeprägt, dass das Machtgefüge unberechenbar geworden ist. In diesem Zusammenhang drängt es sich mittelfristig auf, internationale Standards zu schaffen (bspw. bezüglich des Einsatzes von Hyperschallwaffen und künstlicher Intelligenz).

Afghanistan wurde nur am Rande thematisiert. Das Thema hatte aber angesichts der Ankündigung des amerikanischen Präsidenten Trump, die US-Truppen stark zu reduzieren, an der Jahressession eine gewisse Aktualität. Auf Fragen zur Zukunft des NATO-Einsatzes antwortete Jens Stoltenberg jeweils, dass es wichtig sei, weiterhin in Afghanistan zu bleiben und koordiniert und gemeinsam abzuziehen. Ansonsten bestehe die Gefahr, dass das seit 2001 Erreichte verloren ginge und der Islamische Staat sich im Land ausbreiten könnte.

Im Mittelpunkt der Diskussionen über die **MENA-Region** standen in erster Linie die Situation aufgrund der Covid-19-Krise, die Golfregion und die Sahelzone. Zwar haben die meisten Länder der Region tiefere Infektionszahlen als Europa oder die USA (mit einigen Ausnahmen, bspw. der Iran), es ist aber infolge der Covid-19-Pandemie und der ergriffenen Massnahmen mit schwierigen (sekundären) Auswirkungen zu rechnen. Die strikten Massnahmen und Shutdowns treffen besonders arme Länder und vulnerable Bevölkerungsschichten hart; reichere Länder wie die Golfregion haben indes mehr Kapazitäten, um mit der Krise umzugehen. Aber auch die Lage in der Golfregion kann sich für Europa als herausfordernd erweisen: einerseits können durch die Spaltung der Region Spannungen entstehen, andererseits sei davon auszugehen, dass sich die USA – auf welche Europa in der Region angewiesen ist – längerfristig auf andere Gegenden und Bereiche fokussieren werde. Es wurde betont, dass Europa gut daran täte, in der Region eine aktivere Aussen- und Sicherheitspolitik zu betreiben. In Bezug auf die Sahelzone blieb der Befund unverändert negativ. Die Region ist nach wie vor sehr instabil und Schauplatz vielschichtiger und langanhaltender Konflikte.

Über den **Westbalkan** wurde in diesem Jahr weniger gesprochen. Positiv gewürdigt wurde der Beitritt Nordmazedoniens zur NATO, was generell helfen werde, den Westbalkan zu stabilisieren. Auch andere Länder der Region befinden sich auf einem guten Weg, sich in die euroatlantische Gemeinschaft zu integrieren. Nichtsdestotrotz steht die Gegend – gerade auch aufgrund der Pandemiesituation – weiterhin vor grossen Herausforderungen. Demokratie und Rechtsstaat werden vielerorts unterhöhlt, Korruption und Nepotismus sind verbreitet und die wirtschaftliche Entwicklung stagniert. Zudem wandern jüngere Generationen und gut ausgebildete Personen ab, wodurch Fachwissen und -kräfte fehlen. Verkompliziert wird die Lage dadurch, dass auch Russland und China versuchen, ihren Einfluss auf den Westbalkan auszuüben.



6 Schlussfolgerungen und künftige Tätigkeiten

Trotz der diesjährigen Einschränkungen infolge der Pandemiesituation zieht die Delegation eine positive Bilanz über ihre Teilnahme an den Aktivitäten der NATO-PV. In Sachen Sicherheitspolitik ist die NATO-PV weiterhin das wichtigste parlamentarische Forum und sie konnte ihre Arbeiten erfolgreich in die digitale Welt verlagern. Die NATO-PV versammelt die Mitglieder aller nationalen Verteidigungsausschüsse der euroatlantischen Zone und bietet einen idealen Rahmen für einen Meinungs- und Gedankenaustausch über sicherheitspolitische Themen. Dank der Teilnahme an den Arbeiten der Versammlung kann sich die Delegation ein Bild von den Positionen der verschiedenen Delegationen machen und so die Schwerpunkte der künftigen sicherheitspolitischen Diskussionen erkennen.

Viele der von der NATO-PV behandelte Themen – der Umgang mit der Covid-19-Pandemie, der Aufstieg Chinas, die Spannungen zwischen der NATO und Russland, die Situation in der MENA-Region, die Lage auf dem Westbalkan, der internationale Terrorismus, die Cyberbedrohungen und die Auswirkungen der technologischen Entwicklung, um nur einige zu nennen – sind auch für die Sicherheitspolitik der Schweiz von Bedeutung. Es ist sinnvoll, sich ein genaues Bild von den Veränderungen zu machen, die derzeit im strategischen Umfeld unseres Landes im Gange sind. Was die Weiterentwicklung der NATO als Organisation betrifft, dürften Themen wie der Reflexionsprozess *NATO 2030*, der Aufstieg Chinas, die Beziehungen zu Russland, das Engagement auf dem Balkan, die Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus, die Lage in der MENA-Region und die Zusammenarbeit mit der EU in naher Zukunft im Vordergrund bleiben. Diese Themen sind letztlich auch für die Schweiz von Interesse.

Die NATO-PV-Delegation wurde mit dem Legislaturwechsel erneuert. Die Delegation will die in den vergangenen Jahren hergestellten Kontakte weiter pflegen. Im Mittelpunkt werden dabei die Vollversammlungen stehen. Wenn es die Zeit erlaubt, wird die Delegation auch an den Rose-Roth-Seminaren oder Ausschusssitzungen teilnehmen, die sich mit Themen befassen, die für die Schweiz und ihre Sicherheitspolitik von Bedeutung sein könnten.